

**Niederschrift**

über die Sitzung des **Hauptausschusses**  
Sitzungskennziffer: **XVI / 27**  
Tag der Sitzung: **Dienstag, 20.09.2011**

**Sitzung** Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 16:00 Uhr bis 16:50 Uhr  
Unterbrechungen: keine  
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler  
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



---

**Tagesordnung:**

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Herr Bürgermeister Gatzweiler zieht im **A) öffentlichen Sitzungsteil** folgende Vorlagen zurück:

**12. Erweiterung der Satzung für den Ortsteil Werth gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB im Bereich Dorfstraße**  
hier: **Einleitung des Verfahrens**

**15. Bebauungsplan Nr. 127 (1. Änderung) "An der Mühle"**  
hier: **Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 (1) BauGB sowie Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB**

**16. Bebauungsplan Nr. 35 - 6. Änderung - "Am Birkenfeld" und 85. Änderung FNP**

**hier: Ergänzende Auswertung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 BauGB sowie Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB**

Im **B) nichtöffentlichen Sitzungsteil** wird TOP

**5. Verkauf von gewerblichen Erweiterungsflächen im Bereich des Bebauungsplanes 35, 6. Änderung**

von der Tagesordnung abgesetzt und die Vorlage zu TOP

**7. Abschluss städtebaulicher Verträge zum Bebauungsplan Nr. 35 "Am Birkenfeld", 6. Änderung**

von der Verwaltung zurückgezogen.

Weitere Änderungen wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung einmütig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
  - a) Antrag der SPD-Fraktion vom 05.07.2011;  
hier: Überdachung Bushaltestelle Höhenstraße - Kreisverkehr Duffenterstraße
  - b) Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.07.2011;  
hier: Ausweisung neuer Windkonzentrationsflächen auf dem Gebiet der Stadt Stolberg
3. Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen nach § 113 GO NRW;  
hier: GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH i. G.
4. Betriebswirtschaftliche Auswertungen;  
hier: Stand: 30.06.2011
5. Festlegung der Bemessungseinheit der Gebühr für Straßenreinigung und Winterdienst / Refinanzierung der Kosten
6. Mittelbereitstellung für PSP: 5.661007.500.100 "RÜB / RRB"
7. Nutzung von städtischen Flächen und Dächern für die Installation und den Betrieb von Photovoltaikanlagen
8. Neuorganisation des Winterdienstes in der Stadt Stolberg (Rhld.)

9. Veränderungssperre gem. §§ 14 ff BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 153 "Prattelsackstraße";  
hier: Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre gem. § 17 (1) BauGB
10. Bebauungsplan Nr. 92/3 "Salmstraße" und  
Bebauungsplan Nr. 92/4 "Bierweiderstraße";  
hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Behörden gem. § 4 (2) BauGB sowie Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
11. Bebauungsplan Nr. 159 "Ardennenstraße / Lerchenweg";  
hier: Vorstellung der geänderten Planung; Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB
12. Erweiterung der Satzung für den Ortsteil Werth gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB im Bereich Dorfstraße  
hier: Einleitung des Verfahrens  
**Vorlage wurde zurückgezogen.**
13. Bebauungsplan Nr. 147 "Duffenterstraße" - 1. Änderung  
hier: Entscheidung über die Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
14. Bebauungsplan Nr. 82/2 "Tulpenweg" - 1. Änderung  
hier: Entscheidung über die Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
15. Bebauungsplan Nr. 127 (1. Änderung) "An der Mühle"  
hier: Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 (1) BauGB sowie Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB  
**Vorlage wurde zurückgezogen.**
16. Bebauungsplan Nr. 35 - 6. Änderung - "Am Birkenfeld" und 85. Änderung FNP  
hier: Ergänzende Auswertung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 BauGB sowie Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB  
**Vorlage wurde zurückgezogen.**
17. Beschlussvorlage Mittelfreigabe Instandsetzung - ehemaliges Feuerwehrgerätehaus Mausbach
18. Bereitstellung zusätzlicher Mittel bei dem Produkt 1.36.03.14, "Vollzeitpflege § 33 SGB VIII", Aufwands-/Auszahlungskonto 5331000 / 7331000
19. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW;  
hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei dem Produkt 1.36.03.17 "Hilfe für junge Volljährige innerhalb von Einrichtungen § 41 SGB VIII", Aufwands-/Auszahlungskonto 5332000 / 7332000

20. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW  
hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei dem Produkt 1.36.03.14:  
Vollzeitpflege § 33, Aufwands-/Auszahlungskonto 5029000/7029000  
"Beiträge zu Versorgungskassen für sonstige Beschäftigte"
21. Zukunftsszenarien der Entwicklung der StädteRegion; Arbeitsergebnisse des  
Projektes "Heimat 2035"
22. Projektgesellschaften Camp Astrid: Jahresabschlüsse zum 31.12.2010
23. Bürgerhaushalt  
hier: weitere Behandlung eingegangener Konsolidierungsvorschläge
24. Mittelbereitstellung für PSP.: 1.54.01.01  
hier: Unterhaltung Infrastrukturvermögen (UI)
25. Tagespflege  
hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln
26. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW  
hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei Produkt 1.42.05.01 - Hallenbad  
Glashütter Weiher, Aufwandskonto 5441065 - Kapitalertragsteuer für das  
Haushaltsjahr 2010
27. Antrag der SPD Fraktion vom 22.08.2011 betreffend Abrechnung  
Straßenbaubeiträge nach KAG und BauGB
28. Aktueller Sachstand zum Thema "Eröffnungsbilanz"
  - a) Stellungnahme des Stadtkämmerers
  - b) Stellungnahme des APB
29. Bildungs- und Teilhabepaket  
hier: Umsetzung Schulsozialarbeit, Angebot einer schulbezogenen  
Jugendsozialarbeit und Familienberatung
30. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011
31. Beteiligung der Vereine und sonstiger Nutzer an den verbrauchsabhängigen  
Kosten bei der Nutzung städtischer Immobilien.
32. Mittelbereitstellung bei Produkt / Kostenstelle 1.11.17.01, Arbeitssicherheit /  
Gesundheitsschutz
33. Umbesetzung in Ausschüssen
34. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen

## B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beleuchtungsvertrag EWW / Stadt

2. Abschluss von städtebaulichen Verträgen  
hier: Zuständigkeit bei Planungsvereinbarungen
  3. Übernahme der Flächen der Deutschen Bahn AG durch die Camp Astrid GmbH & Co. KG im städtebaulichen Entwicklungsbereich Camp Astrid
  4. Abschluss eines zweiten städtebaulichen Vertrags zum Bebauungsplan Nr. 159 - Ardennenstraße/Lerchenweg -
  5. Verkauf von gewerblichen Erweiterungsflächen im Bereich des Bebauungsplanes 35, 6. Änderung  
**Abgesetzt.**
  6. Vergabe von städtischen Dächern für Photovoltaikanlagen
  7. Abschluss städtebaulicher Verträge zum Bebauungsplan Nr. 35 "Am Birkenfeld", 6. Änderung  
**Vorlage wurde zurückgezogen.**
  8. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 (2) GO NRW  
hier: Verkauf eines Baugrundstückes im Gebiet B-Plan 147 "Duffenter Straße"
  9. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 (2) GO NRW  
hier: Verkauf B-Plan 147 "Duffenter Straße"
  10. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW  
hier: Bestellung von Prüfern für das Amt für Prüfung und Beratung
  11. Verkauf eines Baugrundstückes im B-Plan-Gebiet 147 "Duffenter Straße"
  12. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen
- 

#### A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen an den Bürgermeister gerichtet.

#### 2. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:

- a) Antrag der SPD-Fraktion vom 05.07.2011;  
hier: Überdachung Bushaltestelle Höhenstraße - Kreisverkehr Duffenterstraße

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf bittet, den Antrag zu den Akten zu nehmen, da sich dieser mit der Beschlussfassung im ASVU am 15.09.2011 zu TOP A) 7. erledigt habe.

Eine Beschlussfassung entfällt.

- b) Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.07.2011;  
hier: Ausweisung neuer Windkonzentrationsflächen auf dem Gebiet der Stadt Stolberg

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss verweist den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.07.2011 einmütig zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung.**

3. Bestellung von Vertretern der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen nach § 113 GO NRW;  
hier: GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH i. G.

Bürgermeister Gatzweiler bittet, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, als ordentliches Mitglied und der Leiter Fachbereich 2, Herr Kistermann, als stv. Mitglied in die Gesellschafterversammlung bestellt werden.

Diesem Vorschlag schließt sich der HA einmütig an, so dass BM Gatzweiler über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen lässt:

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, in die Gesellschafterversammlung der GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH i. G. folgende Personen zu bestellen:**

**Ordentliches Mitglied: Herr Andreas Pickhardt, Leiter Fachbereich 1**  
**Vertreter: Herr Bernd Kistermann, Leiter Fachbereich 2**

4. Betriebswirtschaftliche Auswertungen;  
hier: Stand: 30.06.2011

1. Beig. Dr. Zimdars bittet im Hinblick auf die Erstellung des Haushalts 2012 und dem damit einhergehenden Arbeitsaufkommen, um Terminverschiebung für die Vorlage der nächsten Auswertung (30.09.2011) bis Anfang des Jahres 2012.

Dieser Bitte folgt der Hauptausschuss nicht und fordert die Verwaltung auf, die Auswertungen in der Dezembersitzung 2011 vorzulegen.

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.**

5. Festlegung der Bemessungseinheit der Gebühr für Straßenreinigung und Winterdienst / Refinanzierung der Kosten

Der Leiter Fachbereich 2, Herr Kistermann, korrigiert den Beschlussvorschlag 4 der

Verwaltung wie folgt: In den Sätzen 2 und 3 sind jeweils die Worte “*die Straßenreinigung und*” zu streichen.

Für die CDU-Fraktion unterstützt deren Vorsitzender Dr. Grüttemeier Beschlussvorschlag 1, da nur hierin die Gebühr für den Bürger erkennbar bliebe. Bei den übrigen Beschlussvorschlägen fehle ihm die Gebührengerechtigkeit.

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolf ist die Beibehaltung des Frontmetermaßstabs die zweitbeste Lösung. Die Argumente der Vorlage seien überzeugend. In seiner Fraktion sei auch der konkrete Bezug der Leistung auf die umlegbaren Kosten diskutiert worden. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Sonderzuschlag auf die Grundsteuer B unter dem Gesichtspunkt der Gebührengerechtigkeit/-transparenz vertretbar sei. Auch werde vor dem Hintergrund der knappen Personaldecke der Verwaltungsaufwand mit dieser Variante reduziert. Seine Fraktion folge daher dem von der Verwaltung modifizierten Beschlussvorschlag 4.

Basierend auf dem OVG-Urteil interessiert Herrn Dr. Grüttemeier die konkrete Ausgestaltung durch die Verwaltung. Die Anhebung der Grundsteuer B habe für ihn wenig mit Gebührengerechtigkeit zutun.

In direkter Erwiderung sagt BM Gatzweiler die Kostenermittlung zu.

RM Emonds, UWG, spricht sich ebenfalls für die Beibehaltung der bisherigen (Frontmeter) Regelung aus, da dies die gerechteste Lösung sei.

Alsdann steigt BM Gatzweiler in die Abstimmung über den von der Verwaltung modifizierten Beschlussvorschlag 4 ein:

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat mit 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE) und 6 Nein-Stimmen (CDU) wie folgt zu beschließen:**

**Der Beschluss des Rates vom 17.05.2011 zur Festlegung der Bemessungseinheit der Gebühr für die Straßenreinigung und den Winterdienst wird aufgehoben. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für den Winterdienst künftig über einen Zuschlag auf die Grundsteuer B, bei dem das öffentliche Interesse an dieser Leistung entsprechend berücksichtigt ist, (teilweise) zu refinanzieren. Damit verbunden ist der Wegfall der bisherigen Gebühr für den Winterdienst. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat die entsprechend geänderte Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Stolberg (Rhld.) vorzulegen.**

**6. Mittelbereitstellung für PSP: 5.661007.500.100 “RÜB / RRB”**

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 210.000,- € für PSP.: 5.661007.500.100 “RÜB / RRB” Sachkonto 7852000 “Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen”.**

7. Nutzung von städtischen Flächen und Dächern für die Installation und den Betrieb von Photovoltaikanlagen

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss nimmt die Befragung anderer Kommunen zur Nutzung städtischer Dächer für Photovoltaikanlagen einmütig zur Kenntnis. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, schnellstmöglich die Vermarktung potenzieller Freiflächen im städtischen Eigentum zur Nutzung von Photovoltaikanlagen zu realisieren.**

8. Neuorganisation des Winterdienstes in der Stadt Stolberg (Rhld.)

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Grüttemeier spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelung und dafür, dass die Anlieger weiterhin selbst entscheiden sollen, aus. Vom Beschlussvorschlag trage seine Fraktion allenfalls die Spiegelstriche 3, 4 und 5 mit. Darüber hinaus müsse die Verwaltung überlegen, ob und wie die Arbeitsabläufe im TBA optimiert werden können.

Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolf haben die letzten Winter eindeutig aufgezeigt, dass die derzeitige Organisation nicht auskömmlich sei. Nicht einverstanden sei seine Fraktion mit der Neuerung, dass an fußläufigen Wegeverbindungen kein Winterdienst erfolgen solle. Bei den fußläufigen Wegen solle am bisherigen Standard festgehalten werden (Räumung, wie in der Vergangenheit). Dies wird von Bürgermeister Gatzweiler zugesagt.

Alsdann steigt BM Gatzweiler in die Abstimmung über den erweiterten Beschlussvorschlag (Beibehaltung Standard bei Räumung fußläufiger Wege) unter Aufrufen jedes einzelnen Spiegelstriches ein:

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, den Winterdienst in der Stadt Stolberg (Rhld.) künftig entsprechend der vorgeschlagenen Organisationsform mit den Prioritäten I und II, teilweiser Übertragung auf die Anlieger und keiner Durchführung von Winterdienst, allerdings unter Beibehaltung bisher bereits geräumter fußläufiger Wege, neu zu organisieren.

**Abstimmungsergebnis HA: 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)  
6 Nein-Stimmen (CDU)**

- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat die endgültige Straßenliste mit der überarbeiteten Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Stolberg (Rhld.) vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis HA: 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)  
6 Nein-Stimmen (CDU)**

- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote zum Einsatz von Fremdfirmen im städtischen Winterdienst einzuholen und die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel durch den Rat zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis HA: Einstimmig**



- 4) Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote zur Beschaffung von mobilen GPS-Empfängern für den Einsatz im städtischen Winterdienst einzuholen, die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel durch den Rat zu beantragen und mit dem Personalrat eine entsprechende Vereinbarung zu treffen.

Abstimmungsergebnis HA: Einstimmig

- 5) Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für eine Halle zur Streusalzbevorratung einzuholen und die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel durch den Rat zu beantragen.

Abstimmungsergebnis HA: Einstimmig

- 6) Die Verwaltung wird beauftragt, soweit zur Umsetzung der neuen Organisationsform die Zustimmung der StädteRegion erforderlich ist, diese einzuholen.

Abstimmungsergebnis HA: 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)  
6 Nein-Stimmen (CDU)

- 7) Der Antrag der CDU-Fraktion vom 11.04.2011, die obere Feldstraße (von der Verbindungsstraße zur Straße Am Weiherchen bis zum Ende der geschlossenen Ortslage) in den städtischen Winterdienst aufzunehmen, wird unter Hinweis auf die zutreffenden Darlegungen der Verwaltung in die Niederschrift zu TOP 33 des öffentlichen Teiles der Sitzung des Rates am 07.12.2010 abgelehnt.

Abstimmungsergebnis HA: 10 Ja-Stimmen (BM, SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)  
6 Nein-Stimmen (CDU)

9. Veränderungssperre gem. §§ 14 ff BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 153 "Prattelsackstraße";

hier: Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre gem. § 17 (1) BauGB

#### **Beschluss:**

Auf einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat ebenfalls einstimmig, die Verlängerung der Veränderungssperre für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 153 "Prattelsackstraße" um ein Jahr gem. § 17 (1) BauGB als Satzung zu beschließen.

Maßgebend hierfür ist die vom Rat der Stadt Stolberg am 29.09.2009 beschlossene und am 22.10.2009 in Kraft getretene Satzung über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 153 "Prattelsackstraße".

10. Bebauungsplan Nr. 92/3 "Salmstraße" und Bebauungsplan Nr. 92/4 "Bierweiderstraße";

hier: Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB und der Behörden gem. § 4 (2) BauGB sowie Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

#### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss verweist den TOP einmütig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.

11. Bebauungsplan Nr. 159 "Ardennenstraße / Lerchenweg";  
hier: Vorstellung der geänderten Planung; Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 4a (3) BauGB

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss verweist den TOP einmütig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.**

12. Erweiterung der Satzung für den Ortsteil Werth gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB im Bereich Dorfstraße  
hier: Einleitung des Verfahrens

**Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.**

13. Bebauungsplan Nr. 147 "Duffenterstraße" - 1. Änderung  
hier: Entscheidung über die Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss verweist den TOP einmütig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.**

14. Bebauungsplan Nr. 82/2 "Tulpenweg" - 1. Änderung  
hier: Entscheidung über die Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss verweist den TOP einmütig ohne Beschlussempfehlung an den Rat.**

15. Bebauungsplan Nr. 127 (1. Änderung) "An der Mühle"  
hier: Aufstellung des Bebauungsplanes gem. § 2 (1) BauGB sowie Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB

**Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.**

16. Bebauungsplan Nr. 35 - 6. Änderung - "Am Birkenfeld" und 85. Änderung FNP  
hier: Ergänzende Auswertung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 BauGB sowie Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB

**Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.**

17. Beschlussvorlage Mittelfreigabe Instandsetzung - ehemaliges Feuerwehrgerätehaus Mausbach

Nach kurzer Diskussion besteht im Hauptausschuss Einigkeit, dass der TOP vor einer Mittelbereitstellung (derzeit Vorschlag für drei verschiedene Sanierungsvarianten) als erstes an den dafür zuständigen BVA mit der Bitte, zunächst eine Ortsbesichtigung durchzuführen, verwiesen werden soll. Danach soll dem HA / Rat eine neue Vorlage mit konkretem Sanierungsvorschlag zur Mittelbereitstellung unterbreitet werden.

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, den TOP an den dafür zuständigen BVA zu verweisen. Er empfiehlt dem BVA, zunächst eine Ortsbesichtigung zur Feststellung einer effektiven und sinnvollen Sanierungsvariante durchzuführen.**

18. Bereitstellung zusätzlicher Mittel bei dem Produkt 1.36.03.14, "Vollzeitpflege § 33 SGB VIII", Aufwands-/Auszahlungskonto 5331000 / 7331000

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 22.780,65 € bei dem Produkt 1.36.03.14, "Vollzeitpflege § 33 SGB VIII" Aufwands- / Auszahlungskonto 5331000 / 7331000 zu genehmigen.**

19. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW; hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei dem Produkt 1.36.03.17 "Hilfe für junge Volljährige innerhalb von Einrichtungen § 41 SGB VIII", Aufwands-/Auszahlungskonto 5332000 / 7332000

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die am 29.07.2011 getroffene dringliche Entscheidung durch den Bürgermeister, Herrn Gatzweiler und RM Dr. Grüttemeier, betreffs der Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 450.000,- € bei dem Produkt 1.36.03.17 "Hilfe für junge Volljährige innerhalb von Einrichtungen § 41 SGB VIII "Aufwands-/Auszahlungskonto 5332000 / 7332000 zu genehmigen.**

20. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei dem Produkt 1.36.03.14: Vollzeitpflege § 33, Aufwands-/Auszahlungskonto 5029000/7029000 "Beiträge zu Versorgungskassen für sonstige Beschäftigte"

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die am 15.08.11 getroffene dringliche Entscheidung durch den 1. Beig. und Stadtkämmerer Herrn Dr. Zimdars und Ratsmitglied Dr. Grüttemeier, betreffs der Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 20.000,- € bei dem Produkt: 1.36.03.14 Vollzeitpflege § 33, Aufwands- / Auszahlungskonto 5029000 / 7029000 "Beiträge zu Versorgungskassen sonstige Beschäftigte" zu genehmigen.**

21. Zukunftsszenarien der Entwicklung der StädteRegion; Arbeitsergebnisse des Projektes "Heimat 2035"

Nach kurzer Diskussion besteht im Hauptausschuss Einigkeit, dass die Arbeitsergebnisse dem zuständigen ASVU unter Beteiligung der interessierten übrigen RM sowie ausdrücklicher Einladung der Bevölkerung in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden soll.

Unter Einbeziehung dieses Aspektes lässt BM Gatzweiler über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, den Bericht über die Zukunftsszenarien "Heimat 2035" zur Kenntnis zu nehmen und dem ASVU unter Beteiligung der Bevölkerung in einer der nächsten Sitzungen die Ergebnisse des Berichtes vorzustellen.**

22. Projektgesellschaften Camp Astrid: Jahresabschlüsse zum 31.12.2010

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, die Unterrichtung der Geschäftsführung über die Jahresabschlüsse zum 31.12.2010**

**- der Camp Astrid Verwaltungs GmbH und**

**- der Camp Astrid GmbH & Co. KG**

**zur Kenntnis zu nehmen.**

23. Bürgerhaushalt

hier: weitere Behandlung eingegangener Konsolidierungsvorschläge

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig zu beschließen:**

- 1) Die von der Verwaltung unterbreitete Vorlage wird zur Kenntnis genommen.**
- 2) Die eingereichten Vorschläge werden zur Kenntnis genommen und in die Beratungen über den Haushalt 2012 / 2013 einbezogen.**

24. Mittelbereitstellung für PSP.: 1.54.01.01

hier: Unterhaltung Infrastrukturvermögen (UI)

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von 35.000,- € für PSP.: 1.54.01.01 "Öffentliche Verkehrsflächen" Sachkonto 522 10 20 "Unterhaltung Infrastrukturvermögen" zu beschließen.**

25. Tagespflege

hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss nimmt den Sachverhalt einstimmig zur Kenntnis und**

**empfiehlt dem Rat, die Bereitstellung von Mitteln bei Produkt 1.36.01.02 "Förderung von Kindern in Tagespflege", Sachkonto 5291000 in Höhe von 80.000,- € zu beschließen.**

26. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW hier: Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln bei Produkt 1.42.05.01 - Hallenbad Glashütter Weiher, Aufwandskonto 5441065 - Kapitalertragsteuer für das Haushaltsjahr 2010

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die am 29.08.11 getroffene dringliche Entscheidung durch Herrn Bürgermeister Ferdi Gatzweiler und Ratsmitglied Hans-Josef Siebertz betreffend der Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 149.398,88 € bei Produkt 1.42.05.01 - Hallenbad Glashütter Weiher, Aufwandskonto 5441065 - Kapitalertragssteuer für das Haushaltsjahr 2010 zu genehmigen.**

27. Antrag der SPD Fraktion vom 22.08.2011 betreffend Abrechnung Straßenbaubeiträge nach KAG und BauGB

1. stv. Bürgermeisterin Nießen, SPD, bittet zur Niederschrift um die Beantwortung folgender Punkte durch die Verwaltung:

- a) Auflistung der Straßenbaumaßnahmen, die neben der Steinbachstraße noch nicht abgerechnet sind,
- b) Beitragsvolumen der noch nicht abgerechneten Straßen

**Nachträgliche Beantwortung durch die Verwaltung:**

Zu a) Eifelstraße, Am Lindchen, Erikaweg, Heidestraße, Lindenstraße und Steinbachstraße

Zu b) Umlagefähige Kosten: rd. 615.000,- €

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss nimmt die Auskunft der Verwaltung zur Abrechnung der Beiträge nach den §§ 127 ff. BauGB und nach § 8 KAG NRW einmütig zur Kenntnis.**

28. Aktueller Sachstand zum Thema "Eröffnungsbilanz"

- a) Stellungnahme des Stadtkämmerers
- b) Stellungnahme des APB

1. Beig. und Stadtkämmerer Dr. Zimdars informiert den Hauptausschuss, dass die Aktiv- und Passivseite von der Kämmerei zu 98% abgearbeitet sei.

**Beschluss:**

**Aus formalen Gründen nimmt der Hauptausschuss die Vorlagen zu A) 2 a) und 2 b) des Rechnungsprüfungsausschusses einmütig zur Kenntnis.**

## 29. Bildungs- und Teilhabepaket

hier: Umsetzung Schulsozialarbeit, Angebot einer schulbezogenen Jugendsozialarbeit und Familienberatung

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Kultur und Sport hat die Ausführungen zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit und Familienberatung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes zustimmend zur Kenntnis genommen. Auf seine einstimmige Empfehlung empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat ebenfalls einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen**

- 1) das noch detaillierter zu beschreibende Konzept zeitnah umzusetzen,**
- 2) die erforderlichen Stellen der Sozialarbeit umgehend auszuschreiben und befristet bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 zu besetzen,**
- 3) die im Jahr 2011 nicht verausgabten Mittel einer Rücklage zuzuführen mit dem Ziel, diese mittelfristig bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 einzusetzen,**
- 4) diese Sozialarbeit nicht ausschließlich im Schulbereich, sondern auch außerhalb des Schulbereiches anzuwenden.**

## 30. Teil- und unrentierliche Investitionsmaßnahmen 2011

### **Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, wie folgt zu beschließen:**

- 1) Die Entscheidungen der Kommunalaufsicht vom 15.06.2011, 11.07.2011 und 01.09.2011 werden zur Kenntnis genommen.**
- 2) Die in der Vorlage im Einzelnen aufgeführten konkret anstehenden Investitionen 2011 werden durchgeführt.**

## 31. Beteiligung der Vereine und sonstiger Nutzer an den verbrauchsabhängigen Kosten bei der Nutzung städtischer Immobilien

Für die FDP meldet deren Fraktionsvorsitzender Engelhardt erheblichen Informations- und Beratungsbedarf an. Er möchte folgende Fragen beantwortet wissen:

- Wie wurden die Kosten ermittelt?
- Wie hoch kalkuliert die Verwaltung die zusätzlichen Einnahmen?

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Grüttemeier macht ebenfalls Beratungs- und informationsbedarf geltend. Neben den bereits aufgeführten Fragen möchte er wissen:

- Wie fließt der prozentuale Anteil der Jugendarbeit in die Ermäßigung ein?
- Die Aussagen zur Existenzgefährdung sind nicht konkret genug. Wer trifft auf welcher Basis Sonderregelungen? Wer legt die Grenze der Existenzgefährdung fest. Woran wird sich orientiert?

Für die SPD-Fraktion erkennt deren Fraktionsvorsitzender Wolf den Beratungsbedarf seiner Kollegen mit der herzlichen Bitte, aus dem Vorgang keine "Never Ending Story" entstehen zulassen, an. Er bittet eindringlich, heute alle offen stehenden Informationsbedürfnisse klar zu konkretisieren. Es dürfe im Sinne der Betroffenen nicht angehen, dass die Politik nun über Monate immer neue Fragen aufwerfe und

damit eine zeitnahe, tragfähige Regelung zur Beteiligung der Vereine blockiere. Dies werfe ein schlechtes Licht auf den gesamten Rat.

Bürgermeister Gatzweiler untermauert die Bitte von Herrn Wolf und schlägt eine Vertagung des TOPs auf die Novembersitzung vor. Er sichert den Fraktionen die Übersendung des vorliegenden Fragenkatalogs, mit der Bitte (sofern gewünscht) um Ergänzung, zu. Danach werde die Verwaltung auf dieser Basis die Vorlage für die Novembersitzung des HA / Rates fertigen.

Diesem Vorschlag schließt sich der Hauptausschuss einmütig an, so dass BM Gatzweiler hierüber abstimmen lässt:

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, den TOP auf die Novembersitzung des HA / Rates zu vertagen. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu dieser Sitzung in einer neuen Verwaltungsvorlage die offenen Fragen des Rates zu beantworten.**

**32. Mittelbereitstellung bei Produkt / Kostenstelle 1.11.17.01, Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz**

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Bereitstellung von Ausgabemitteln in Höhe von 27.150,- € bei Produkt/Kostenstelle 1.11.17.01, Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz, Aufwandskonto 5291000, Auszahlungskonto 7291000.**

**33. Umbesetzung in Ausschüssen**

**Beschluss:**

**Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, folgende Umbesetzungen vorzunehmen:**

**Beschwerdeausschuss:**

**Anstelle des sachkundigen Bürgers, Herrn Boris Weinstein wird nunmehr der sachkundige Bürger Herr Franz-Josef Haselier, Duffenter Str. 30a, 52222 Stolberg als ordentliches Mitglied in den Beschwerdeausschuss bestellt.**

**Anstelle des sachkundigen Bürgers, Herrn Dr. Franz-Josef Ingermann wird nunmehr der sachkundige Bürger Herr Volker Gutzeit, Hastenrather Str. 26, 52222 Stolberg als ordentliches Mitglied in den Beschwerdeausschuss bestellt.**

**Bau- und Vergabeausschuss:**

**Anstelle des sachkundigen Bürgers, Herrn Elmar Wilhelmy wird nunmehr der sachkundige Bürger Herr Dr. Franz-Josef Ingermann, Düre Koof 10, 52224 Stolberg als ordentliches Mitglied in den Bau- und Vergabeausschuss bestellt.**

**Hauptausschuss:**

**Anstelle von Ratsfrau Uschi Küpper wird nunmehr Ratsherr Mario Wissel, Auf der Liester 21, 52222 Stolberg als ordentliches Mitglied in den Hauptausschuss bestellt.**

**Anstelle der 3. stv. Bürgermeisterin Käthe Krings wird nunmehr Ratsfrau Uschi Küpper, Steinweg 29, 52222 Stolberg als stv. Ausschussmitglied von Ratsherrn Mario Wissel in den Hauptausschuss bestellt.**

**Jugendhilfeausschuss:**

**Anstelle des von der AWO vorgeschlagenen und vom Rat benannten Herrn Hans-Josef Wellmann wird nunmehr Herr Manfred Steffens, Kupfermeisterstr. 6, 52222 Stolberg als stimmberechtigtes Mitglied für die AWO in den Jugendhilfeausschuss bestellt.**

**Anstelle von Herrn Manfred Steffens wird nunmehr Frau Heike Schmidt, Schützheide 54, 52223 Stolberg als stv. stimmberechtigtes Mitglied von Herrn Manfred Steffens für die AWO in den Jugendhilfeausschuss bestellt.**

**34. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates: Mitteilungen**

34.1 Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

34.2 Es wurden keine Fragen aus aktuellem Anlass gestellt.

**B) Nichtöffentliche Sitzung:**

.....

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung des Hauptausschusses um 16.50 Uhr.

Ferdi Gatzweiler  
Bürgermeister

Edith Janus-Braun  
Schriftführerin

Der Niederschrift ist folgende Anlage beigelegt:  
Anlage 1) Anwesenheitsliste



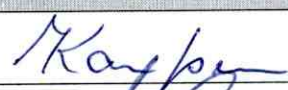


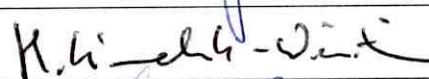

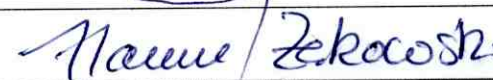
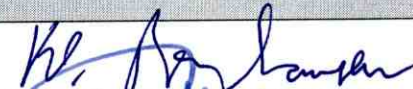




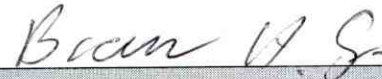
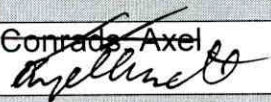


**Anlage 1**zur Niederschrift über die Sitzung des **Hauptausschusses** der Stadt Stolberg (Rhld.)Sitzungskennziffer XVI / **27**

Tag der Sitzung: Dienstag, 20.09.2011

Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung von 16.00h bis 16.50h

Unterbrechung der Sitzung von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
<b>SPD</b>		
	Kaußen, Paul-Heinz	
	Kleinlein, Hans	
1. stv. Vorsitzende	Nießen, Hildegard	
	Simmelink-Weinstein, Hartmut	
	Wolf, Dieter	
	Zakowski, Hanne	
<b>CDU</b>		
	<del>Emonds, Jochen</del> Klaus Berghausen	
	Grüttemeier, Dr. Tim	
	Kirch, Paul Matthias	
	Pietz, Siegfried	
	<del>Siebertz, Hans-Josef</del> Mathis, Kimbert	
2. stv. Vorsitzende	<del>Wahlen, Karina</del> Braun, Heim-Georg	
<b>FDP</b>		
	<del>Conrads, Axel</del> 	
<b>B'90/Grüne</b>		
	<del>Küpper, Uschi</del> WISSEL	

<b>Die LINKE</b>		
	Prußeit, Mathias Jilk, Auita	<i>Prüßeit</i>
	<b>Nur beratend!</b>	
	Emonds, Hans	<i>H. Emonds</i>
	Kunkel, Willibert	<i>W. Kunkel</i>
<b>Bürgermeister</b>		
	Gatzweiler, Ferdi	<i>F. Gatzweiler</i>

Es fehlen entschuldigt oder unentschuldigt:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		4	
2		5	
3		6	

Sonstige Teilnehmer:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1		3	
2		4	

Teilnehmer der Verwaltung:

Lfd. Nr.	Name	Lfd. Nr.	Name
1	<i>[Signature]</i>	7	<i>[Signature]</i> I/14
2	<i>[Signature]</i> FB 3	8	<i>[Signature]</i> 1/30/32
3	<i>[Signature]</i>	9	<i>[Signature]</i> II/20/21
4	<i>[Signature]</i> FB 1	10	<i>[Signature]</i> I. 1
5	<i>[Signature]</i> 4/10	11	<i>[Signature]</i> (Gilles)
6	<i>[Signature]</i> FB 2	12	<i>[Signature]</i> 4/10

*gez. Emonds A23*  
*gez. Cremer 2/66*